

# Der Steinarbeiter

## Organ

### für die Interessen der Steinarbeiter Deutschlands.

„Der Steinarbeiter“ erscheint einmal wöchentlich am Sonnabend.

Herausgeber:

Paul Mitschke, Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14.

Verantwortlicher Redakteur:

Dthmar Schmidt, Rixdorf-Berlin, Steinmehstraße 14.

Geschäftsstelle und Expedition:

Rixdorf-Berlin.

Steinmehstraße 14.

Abonnementspreis durch die Post und durch unsere Verbreiter vierteljährlich 95 Pf., durch die Expedition unter Kreuzband 1,10 Mk.

Anzeigen: Von Vereinen und Krankenkassen 15 Pf., von Privaten 20 Pf. die gespaltene Zeile oder deren Raum. Arbeits-Angebote werden nur aufgenommen, wenn Lohnverhältnisse und Arbeitszeit angegeben sind.

„Der Steinarbeiter“ ist unter Nr. 7166 d. Zeitungs-Postliste eingetragen.

Nr. 6.

Sonnabend, den 11. Februar 1899.

3. Jahrg.

### Streiks und Sperren.

In Mehle-Ostwald haben 51 bei der Firma Cienel beschäftigten Steinarbeiter wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt. Dieselbe Firma hat auch einen Betrieb in Hildesheim.

14 Mann der Firma Seibel in Blauen i. Vgl. legten aus gleichem Grunde die Arbeit nieder.

In Weihen-Eölln bei D. Köhler sind 16 Mann noch im Ausstand.

### Das neue Invalidenversicherungs-Gesetz.

Die Durchführung der Invalidenversicherung erfolgt durch Versicherungsanstalten und ihre Organe, durch Schiedsgerichte, sowie durch das Reichsversicherungsamt und die Landesversicherungsämter. In der Versicherungsanstalt sind alle diejenigen Personen zu versichern, welche in deren Bezirke beschäftigt werden. Auf die Bestimmung des Beschäftigungsorts finden die Vorschriften des § 5a des Krankenversicherungsgesetzes Anwendung. Soweit die Beschäftigung in einem Betriebe stattfindet, dessen Sitz in dem Bezirk einer anderen Versicherungsanstalt belegen ist, kann mit Zustimmung der beteiligten Versicherungsanstalten die Versicherung auch bei der Versicherungsanstalt des Betriebes erfolgen.

Das Statut jeder Versicherungsanstalt soll folgende neue Bestimmungen treffen: Ueber die Zahl der dem Vorstände angehörnden Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten; über die Zahl der Beisitzer der Rentenstellen und der Schiedsgerichte; über die Aufstellung des Voranschlags; über die Aufstellung und Abnahme der Jahresrechnung, soweit hierüber nicht von der für den Sitz der Versicherungsanstalt zuständigen Landes-Zentralbehörde Bestimmungen getroffen werden.

Dem Ausschusse müssen vorbehalten werden: die Wahl der nicht beamteten Mitglieder des Vorstandes, sowie die Wahl der Beisitzer der Schiedsgerichte; die Feststellung des Voranschlags; die Zustimmung zu Beschlüssen des Vorstandes, welche die Erwerbung, die Veräußerung oder die Belastung von Grundstücken der Versicherungsanstalt betreffen, sofern nicht nach dem pflichtmäßigen Ermessen des Vorstandes Gefahr im Verzug ist.

Die beamteten Vorstandsmitglieder, von denen einer als Vorsitzender zu bezeichnen ist, werden nach Maßgabe der landesgesetzlichen Vorschriften von dem Kommunalverbände beziehungsweise von der Landesregierung bestellt. Erstreckt sich der Bezirk der Versicherungsanstalt über mehrere weitere Kommunalverbände, so werden die Beamten von der Landesregierung bestellt; diese kann die Bestellung auf einen der weiteren Kommunalverbände übertragen. Erstreckt sich der Bezirk der Versicherungsanstalt über Gebiete mehrerer Bundesstaaten, so entscheidet über die Bestellung der Beamten, falls ein Einverständnis unter den beteiligten Landesregierungen nicht erzielt wird, der Reichskanzler. Die Bezüge der Beamten und ihrer Hinterbliebenen sind von der Versicherungsanstalt zu vergüten. Neben den vorgenannten Beamten müssen dem Vorstände Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten angehören. Befolgung wird ihnen nicht gewährt.

Der Vorsitzende des Vorstandes hat Beschlüsse der Organe der Versicherungsanstalt, welche gegen die gesetzlichen oder statutarischen Vorschriften verstoßen, mit aufschiebender Wirkung unter Angabe der Gründe, zu beanstanden. Die Aufhebung erfolgt mittelst Beschwerde an die Aufsichtsbehörde.

Als örtliche Organe der Versicherungsanstalt werden von der Landeszentralbehörde nach Anhörung des Vorstandes für kleinere Bezirke Rentenstellen errichtet. Die Rentenstelle hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde. Jede Rentenstelle besteht aus einem ständigen Vorsitzenden und aus Beisitzern; ihr werden die erforderlichen Hilfsbeamten beigegeben. Name und Wohnort des Vorsitzenden und seiner Stellvertreter sind in dem Bezirke der Rentenstelle vom Vorstände der Versicherungsanstalt zu veröffentlichen.

Die Zahl der Beisitzer muß aus der Klasse der Arbeitgeber und der Versicherten mindestens je vier betragen. Die Beisitzer müssen im Bezirk der Rentenstelle und mindestens zur Hälfte an deren Sitz oder in einer Entfernung bis zu 10 Kilometer von diesem wohnen und dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes oder eines Schiedsgerichts sein. Die Beisitzer werden in der durch das Statut bestimmten Zahl von den Vorständen der im Bezirk der Rentenstelle vorhandenen Orts-, Betriebs- (Fabrik-), Bau- und Innungs-Krankenkassen, Knappschaftskassen, Seemannskassen und anderen zur Wahrung von Interessen der Seeleute bestimmten, obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seeleuten, sowie von den Vorständen derjenigen eingeschriebenen oder auf Grund landesgesetzlicher Vorschriften errichteten Hilfskassen gewählt, welche die im § 75a des Krankenversicherungsgesetzes vorgesehene Bescheinigung besitzen und deren Bezirk sich über den Bezirk der Rentenstelle nicht hinaus erstreckt.

Die Anzahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten in den Organen der Versicherungsanstalt muß gleich sein. Die Wahl der Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten erfolgt auf fünf Jahre. Die Gewählten bleiben nach Ablauf dieser Zeit so lange im Amte, bis ihre Nachfolger das Amt angetreten haben. Die Ausscheidenden sind wieder wählbar. Personen, welche die Wahl ohne zulässigen Grund (§ 60) ablehnen, ohne genügende Entschuldigung zu den Sitzungen nicht rechtzeitig sich einzufinden, oder ihren Obliegenheiten in anderer Weise sich entziehen, können vom Vorsitzenden desjenigen Organs, welchem sie angehören, mit Geldstrafen belegt werden und zwar vom Vorsitzenden der Rentenstelle bis zu einhundertundfünfzig Mark, vom Vorsitzenden des Vorstandes und des Ausschusses bis zu fünfhundert Mark.

Für den Bezirk jeder Versicherungsanstalt wird mindestens ein Schiedsgericht errichtet. Jedes Schiedsgericht soll in der Regel die Bezirke mehrerer Rentenstellen umfassen. Die Mitglieder des Schiedsgerichts dürfen nicht Mitglieder des Vorstandes oder einer Rentenstelle sein.

Der Anspruch auf Bewilligung einer Rente ist, unter Einreichung der zur Begründung dienenden Beweismittel, insbesondere der letzten Quittungskarte, bei der für den Wohnort des Versicherten und, wenn er einen solchen im Inlande nicht mehr hat, für seinen letzten Wohnort im Inlande zuständigen Rentenstelle anzumelden. Die Landes-Zentralbehörde ist befugt, anzuordnen, daß die Anmeldung bei einer anderen Behörde rechtswirksam erfolgen darf; diese hat die Anmeldung an die zuständige Rentenstelle weiter zu geben.

Das Schiedsgericht hat, wenn es den Anspruch auf Rente für begründet erachtet, zugleich die Höhe und den Beginn der Rente festzusetzen. Die vorläufig gezahlten Beträge werden auf die endgültig angewiesene Rente angerechnet. Der Vorstand der Versicherungsanstalt hat dem Berechtigten die mit der Zahlung der Rente beauftragte Postanstalt zu bezeichnen.

Zur Feststellung des Maßstabs, in welchem die im abgelaufenen Rechnungsjahre gezahlten Rentenbeträge auf das Reich, das Gemeinvermögen und auf das Sondervermögen der einzelnen Versicherungsanstalten zu vertheilen sind, ermittelt die Rechnungsstelle für jedes Jahr und für jede Versicherungsanstalt den Kapitalwerth der von ihr zur Zahlung angewiesenen noch laufenden Renten, sowie den hiervon auf das Reich, das Gemeinvermögen und auf das Sondervermögen der einzelnen Versicherungsanstalten entfallenden Antheil. Ueber die Berechnung des Kapitalwerths trifft der Bundesrath Bestimmung; bis dahin wird bei Berechnung des Werthes der dem Reiche zur Last fallenden Rentenanteile für jede ohne Beitragsleistung in Anrechnung kommende Beitragswoche ein Betrag von 18 Pfennigen zu Grunde gelegt.

Die Zentralpostbehörden haben der Rechnungsstelle Nachweisungen über diejenigen Zahlungen, welche im verflorenen Rechnungsjahre auf Grund der Anweisungen der Versicherungsanstalten geleistet worden sind, zuzustellen. Die Rechnungsstelle hat die vorgeschossenen Beträge auf die einzelnen Versicherungsanstalten und das Reich zu vertheilen. Dabei ist der Kapitalwerth der gemäß § 20a von anderen Versicherungsanstalten zu tragenden Rentenanteile der anweisenden Anstalt zu belassen und ihrem Sondervermögen zu erstatten. Auf Grund dieser Vertheilung hat die Rechnungsstelle jeder Versicherungsanstalt den Betrag mitzutheilen, den diese zu erstatten hat; dabei sind die der Berechnung zu Grunde liegenden Zahlen anzugeben. Gegen die Vertheilung ist die Beschwerde bei dem Reichsversicherungsamte zulässig. Ueber die dem Reiche zur Last fallenden Beträge ist dem Reichskanzler (Reichsamt des Innern) Vorlage zu machen.

Findet die Beschäftigung während der ganzen Beitragswoche nicht bei demselben Arbeitgeber statt, so ist von demjenigen Arbeitgeber, welcher den Versicherten zuerst beschäftigt, der volle Wochenbeitrag zu entrichten. Wurde dieser Verpflichtung nicht genügt, und hat der Versicherte den Beitrag nicht selbst entrichtet, (§ 11), so hat derjenige Arbeitgeber, welcher den Versicherten weiterhin beschäftigt, den Wochenbeitrag zu entrichten, doch steht ihm gegen den zunächst Verpflichteten Anspruch auf Erlass zu. Steht der Versicherte gleichzeitig in mehreren die Versicherungspflicht begründenden Arbeits- oder Dienstverhältnissen, so haften die Arbeitgeber als Gesamtschuldner für die vollen Wochenbeiträge.

Die Abzüge für Beiträge sind auf die Lohnzahlungsperiode, auf welche sie entfallen, gleichmäßig zu vertheilen. Die Theilbeträge dürfen, ohne daß dadurch Mehrbelastungen der Versicherten herbeigeführt werden, auf volle zehn Pfennig abgerundet werden.

Sind Abzüge bei einer Lohnzahlungsperiode unterblieben, so dürfen sie für die betreffende Lohnzahlungsperiode nur noch bei der nächstfolgenden Lohnzahlung nachgeholt werden. Die Bestimmung findet keine Anwendung, wenn wegen verspäteter Feststellung einer bisher streitigen Versicherungspflicht oder aus anderen Gründen Beiträge nachträglich zu verwenden sind ohne daß den Arbeitgeber hierbei ein Verschulden trifft.





